Nummer 324

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37,

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Donnerstag, 15. Juli 1926

Deutscher Verhandlungsvorschlag an Polen.

Ueber die deutschen Eigentumsrechte.

Berlin, 15. Juli.

Die polnische Regierung hatte durch ein Gesetz vom 14. Juli 1920 alle nach dem Waffenstillstand geschlossenen Verträge über das durch Artikel 256 des Versailler Vertrages ihr zugesprochene deutsche Reichs- und Staatseigentum für nichtig erklärt und auch den aus älterer Zeit stammenden Pachtverträgen über Staatsgrundstücke die Anerkennung verweigert. Auf Grund dieser Vorschriften hat sie 4036 Ansiedlungsgüter, die nach dem 11. November 1918 von der Preußischen Ansiedlungskommission an deutsche Ansiedler aufgelassen worden waren, als polnisches Staatseigentum behandelt und 219 Domänenpächter unter Beschlagnahme ihres gesamten Inventars ohne Entschädigung vertrieben. Ebenso hat sie den Verträgen, wodurch die Ansiedlungskommission alle ihre Rentenrechte an Gütern im abgetretenen Gebiet (u. a. auch das Wiederkaufsrecht) der Danziger Bauernbank übertragen hatte, die Anerkennung verweigert.

In seinem am 25. Mai 1926 verkündeten Urteil, in dem die Beschlagnahme des Stickstoffwerkes in Chorzow, Oberschlesien, für unzulässig erklärt wird, hat nun der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag Grundsätze aufgestellt, die nach deutscher Auffassung die Aufrechterhaltung des polnischen Standpunktes sowohl hinsichtlich des Eigentums der Ansiedler und Domänenpächter wie hinsichtlich der Rentenrechte unmöglich machten.

In einer dieser Tage durch die Deutsche Gesandtschaft in Warschau übersandten Note ist der polnischen Regierung jetzt vorgeschlagen worden, über die Auswirkungen des Urteils baldigst in diplomatische Verhandlungen einzutreten, sowie mit diesen Verhandlungen die Klärung der übrigen Meinungsverschiedenheiten zu verbinden, die über die Auslegung des Artikels 256 des Versailler Vertrages entstanden sind.

Die Frage der Nachfolge Severings

wird begreiflicherweise auch in den nichtsozialistischen Kreisen der Weimarer Koalition Preußens lebhaft erörtert. Man faßt dort die wiederholte Feststellung, Severing kehre aus dem Sanatorium doch vorläufig ins Ministerium zurück, als den Versuch der Sozialdemokraten auf, andere Parteien von der Erörterung der Nachfolgefrage abzulenken. Da aber die Vorgänge in jener sozialdemokratischen Fraktionssitzung, die dieser Frage gewidmet war, zu bekannt geworden sind, als daß sie noch angezweifelt oder dementiert werden könnten, so wird beim Zentrum und bei den Demokraten im Zusammenhang damit besonders auf die Tatsache verwiesen, daß die Sozialdemokraten schon jetzt sich energisch jede Einmischung in die Erörterung der Frage verbitten, welcher Sozialdemokrat Nachfolger Severings werden soll. Wir glauben zu wissen, daß das Zentrum und auch ein Teil der Demokraten nicht ganz den sozialdemokratischen Standpunkt teilen, daß das preußische Innenministerium mit völliger Selbstverständlichkeit eine Domäne der Sozialdemokraten sei und daß auch die Koalitionsgenossen bei der Neubesetzung des Innenministeriums überhaupt nicht mitzureden hätten. Gegen die von den Sozialdemokraten genannten Kandidaten Leinert, Grzesinsky und Landsberg werden denn auch von demokratischer und Zentrumsseite allerhand Bedenken geäußert, besonders, sehr erklärlicherweise, gegen den ersteren . . .

Bemerkenswerte Enthüllungen über die Kriegsführung an der italienischen Front.

Mtd Wien, 15. Juli.

Anläßlich der Grundsteinlegung des „Siegesdenkmals" in Bozen bringt die dort erscheinende faszistische „Alpenzeitung" eine Erinnerung an den Weltkrieg, die das Verhältnis zwischen Italien und seinen Verbündeten in einer noch nicht bekannt gewordenen Einzelheit beleuchtet. Der „Neuen Freien Presse" zufolge schreibt das Blatt, daß nach der katastrophalen Niederlage bei Karfreit der König von Italien, die italienischen Heerführer und Minister mit Delegierten der Entente in Peschiera zusammengekommen seien, um über die Fortsetzung der Operationen auf Grund der geänderten Kriegslage zu beraten. Die Vertreter England, Frankreichs und Amerikas waren der Ansicht, daß der Krieg an der italienischen Front mit dieser Niederlage zu beenden sei und daß es keinen Sinn habe, weitere Kräfte der Entente nach Italien zu senden, da jede weitere Kriegführung dort von vornherein aussichtslos wäre. Es wurde Italien nahegelegt, mit Oesterreich und Deutschland in Friedensverhandlungen einzutreten, die solange hätten hinausgeschoben werden sollen, bis es der Entente gelänge, in Frankreich einen entscheidenden Schlag gegen das deutsche Heer zu führen. Die österreichisch-ungarische Armee wäre durch das Hinausziehen der Friedensverhandlungen auch weiterhin an die italienische Front gebunden gewesen. Der König von Italien hätte sich jedoch diesem Plan energisch widersetzt. Er hätte an die Führung der Ententestreitkräfte und an die Regierungen dringliche Telegramme gerichtet, und seine persönlichen Bemühungen hätten die Alliierten zu einem Sinneswechsel und zu einer Verstärkung der italienischen Front an der Piave veranlaßt.

Unruhe auf dem Balkan.

Man befürchtet Verwicklungen in Bulgarien.

TU **Belgrad**, 15. Juli.

Die rumänisch-griechischen Verhandlungen haben, wie verlautet, einen günstigen Verlauf genommen. Der rumänische Gesandte hatte wiederholt Besprechungen mit Pangalos und wurde auch vom Außenminister empfangen. Dieser diplomatische Meinungsaustausch wird in politischen Kreisen für bedeutungsvoll gehalten trotz der Ablehnung, daß der Abschluß eines rumänisch-griechischen Vertrages bevorstehe. Es heißt, daß die Verhandlungen ihre Spitze gegen Bulgarien richten.

Der Minister des Aeußern, Nintschitsch, der sich vor einigen Tagen nach Wien begeben hatte, um dem Könige Vortrag über die auswärtige Lage zu halten, ist heute nach Belgrad zurückgekehrt.

Nach Meldungen aus Sofia hat die bulgarische Regierung sich an den Völkerbund gewandt, um in der Frage der bulgarisch-rumänischen Grenzzwischenfälle zu einer Regelung zu kommen. Nach Versicherung der bulgarischen Regierungskreise herrscht an der rumänisch-bulgarischen Grenze völlige Ruhe. Es sei aber wünschenswert, daß eine Prüfung der Lage an der Dobrudschagrenze durch den Völkerbund durchgeführt werde. Man nimmt an, daß Rumänien dem Vorschlag zustimmen wird.

*

Daß die Unruhe auf dem Balkan in der Zunahme begriffen ist, hat sich seit langem beobachten lassen. Nicht nur, daß in allen dortigen Staaten die Regierungskrisen nicht abreißen — auch ihre diplomatischen Beziehungen befinden sich in einem ununterbrochenen Krisenzustand. Rumänien geht eigene Wege, weil es sich hauptsächlich von Rußland wegen Bessarabiens bedroht fühlt, während Südslawien, das keine Gegensätze zu Rußland hat, sein Augenmerk hauptsächlich auf Bulgarien, Griechenland und Italien richtet. Griechenland ist um Salonik besorgt, wohin Südslawien drängt, und außerdem um die Nordküste des Aegäischen Meeres, nach der Bulgarien drängt. Und Bulgarien leidet selbstverständlich nach wie vor schwer unter dem Friedensvertrag, den man ihm so diktiert hat, wie uns den von Versailles.

Offensichtlich bereiten sich neue diplomatische Konstellationen am Balkan vor. Die Südslawen sind, wie aus der obigen Belgrader Meldung hervorgeht, überzeugt, daß Griechenland und Rumänien ein auf Wahrung ihres Balkanbesitzstandes gerichtetes Bündnis geschlossen haben. Das könnte sich natürlich nur gegen Bulgarien und Südslawien richten. Die politische Anmoßpähre auf dem Balkan ist jedenfalls so elektrisch geladen, daß ein kleiner Anlaß einen großen Brand hervorrufen kann. Von Vielen wird vermutet, daß dieser Anlaß von Bulgarien her kommen könnte, weil dort die Gefahr besteht, daß die mit der Außen- und Innenpolitik des gegenwärtigen Kabinetts unzufriedenen Elemente, vor allem die Mazedonier, gewaltsam vorgehen könnten. Der nachstehende Brief gibt, obwohl er ziemlich einseitig für die Außen- und Innenpolitik des gegenwärtigen bulgarischen Ministerpräsidenten Ljaptscheff eingestellt ist und die Vergewaltigung Bulgariens durch das Friedensdiktat von Trianon nicht genügend berücksichtigt, doch einen interessanten Einblick in die Probleme, um die es sich gegenwärtig in Bulgarien dreht und die natürlich die besondere Aufmerksamkeit und Besorgnis des benachbarten Südslawiens und der anderen Balkanstaaten erregen.

Nachstehend der uns zugegangene Bericht:

Ljaptscheffs schwere Lage.

Von unserem Korrespondenten.

Sofia, 13. Juli.

König Boris hat sich vor einigen Tagen in das Ausland begeben. Und ohne Kommentar berichteten die Blätter, der junge Herrscher benötige eine kurze Erholung, da er seit seinem Regierungsantritt das Land noch nicht verlassen hat. Nur das Organ der Sozialisten schrieb, König Boris möge nicht den Weg wandeln, den sein Vater gewandelt ist, als er das Land nach Beendigung des Krieges verließ und nicht mehr wiederkehrte.

Und auch wenn dieses eine Blatt ebenfalls nicht den Mut gehabt hätte, zu der Abreise des Königs einige knappe Worte hinzuzufügen, so wüßte man doch, daß Bulgarien wieder gärt, daß der alte Parteihader, die alten Gegensätze, der Kampf gegen den inneren Feind um die Wiederherstellung der Ruhe im Innern des Landes und gegen den äußeren Feind, um einen Krieg zu vermeiden, eine allgemeine Unruhe hervorgerufen haben, die sich wohl so entladen kann wie in den heißen Junitagen des Jahres 1923, wo Stambolijski stolz melden konnte, er hatte die Ordnung im Lande aufrecht, und einige Tage später fand man seinen verstümmelten Leichnam. Noch ist Ljaptscheff Ministerpräsident des Königs Boris und noch ist Boris König, aber Professor Zankoff und seine getreuen Mazedonier ruhen noch nicht, seit sie die Macht abgeben mußten. Dem harten und grausamen Regime des Bauern Stambolijski folgte das nicht minder harte und grausame Regime des bis dahin unbekannten Universitätsprofessors Zankoff. Stambolijski fiel, weil er den Frieden suchte und mit Belgrad die Versöhnung wollte und er auch bereit war, die unruhigen Mazedonier und ihre weitreichenden politischen Aspirationen, ihre Kriegsgelüste und umstürzlerischen Pläne zu unterdrücken; Zankoff kam noch mit dem Leben davon, aber die Besserung der Verhältnisse, die Umkehr zur Demokratie, das Ende der Schreckensherrschaft brachte auch der Regierungswechsel nicht. Von Tag zu Tag werden die Schwierigkeiten der Regierung Ljaptscheff größer und größer und schon heißt es, König Boris habe das Land verlassen, um nicht Zeuge sein zu müssen, bei den Ereignissen, die dem Lande jetzt bevorstehen, um nicht durch sein königliches Wort Entscheidungen zu fällen, Geschehnisse zu sanktionieren, die er, wäre er Privatmann, nicht sanktionieren könnte.

Die Partei der Mazedonier — das sind die unverantwortlichen Elemente in der bulgarischen Politik, die gefürchtete Nebenregierung, die Stambolijski ermordete, die die Bauern und Kommunisten niedermetzeln ließ, die in Professor Zankoff einen gefügigen Strohmann hatte und die auch die Herrschaft des Ministerpräsidenten Ljaptscheff ständig bedroht. Es ist die Partei des militärischen Terrors, der Irredenta, der ewig Unzufriedenen, der Nimmersatten, es ist die Partei der wohlerzogenen vornehmen Komitatschis, die, solange noch die Türken die Herren auf der Balkaninsel waren, Türken niedermetzelten und als die Türken zu Gegenmaßnahmen griffen, vor Europa hinkamen und den Heiligen Krieg gegen die christenmordende Türkei predigten. Viele ihrer Ambitionen hatte der Balkankrieg erfüllt, noch mehr Ambitionen der Weltkrieg, aber es sind noch genug Ambitionen geblieben. Was sie eigentlich wollen, ist nicht ganz klar. Denn wenn auch heute noch alle Mazedonier nicht unter einer Herrschaft leben, auch in Jugoslawien noch mazedonische Ansiedlungen sind, so kann sich der nationale Traum der Mazedonier schon aus dem Grunde nicht erfüllen, weil Mazedonier auf einem geschlossenen Gebiet nicht leben. Dort, wo Mazedonier leben, leben auch Griechen und Bulgaren und Südslawen, Kutzowalachen und Rhätoromanen, Albaner und einige wenige Türken. Aber die Unmöglichkeit der Erfüllung ihrer nationalen Aspirationen verhindert die Mazedonier nicht, in Bulgarien gegen den Nachbarstaat Südslawien zu hetzen, jedes Übereinkommen zu vereiteln, kriegerische Unruhen heraufzubeschwören, in denen sie ihren wilden Heldenmut austoben können, in denen sie Räuber und Krieger, Rächer ihrer nationalen Ehre und Brandstifter zugleich sein können.

In den Augen der Mazedonier war das größte Verbrechen des grausam hingerichteten Stambolijski, daß er den Frieden mit Südslawien suchte und fand und mit dem Nachbarstaat, gegen den Bulgarien nicht aufkommen kann, Konventionen abschloß, in denen er sich verpflichtete, alles zu unternehmen, damit die auf dem Gebiete Bulgariens lebenden Mazedonier nichts gegen die Sicherheit Südslawiens unternehmen können, damit sie ihre Guerillakriege einstellen und eine starke südslawische Armee an der bulgarischen Grenze überflüssig machen.

Aber außer dieser nationalen Politik gebärden sich die Mazedonier auch als größte Feinde des russischen Bolschewismus. Und daß Stambolijski im Rufe stand, ein Bolschewik reinsten russischen Wassers zu sein, daß er als einziger die obligatorische Arbeitspflicht nach sowjetistischer Methode einführte, daß in seiner Regierung die Bauern und Arbeiter eine allzu große Macht hatten, war sein zweites, vielleicht noch größeres Verbrechen. Nun werden dieselben Anklagen gegen Ljaptscheff laut, dem vorgeworfen wird, er kokiere mit den Serben, suche den Frieden mit der Regierung von Belgrad und bude das Umherzerren des russischen Kommunismus. Und die Feinde des gegenwärtigen Ministerpräsidenten verkünden ganz laut, Sofia sei der Mittelpunkt der außerrussischen Sowjetpropaganda, Herd der bolschewistischen Unruhen. Mögen die Vorwürfe gegen Stambolijski, daß er mit Rußland und den politischen Methoden der heutigen Machthaber vom Kreml sympathisiert habe, bis zu einem gewissen Grad auch gerechtfertigt gewesen sein, Ljaptscheff ist sicher alles weniger denn Bolschewik im landläufigen Sinn. Er kam als Demokrat, und da er seine politische Auffassung ehrlich meinte, ließ er die Verfolgung gegen jene ein, die radikaler gesinnt waren als er, denen er aber ihre politische Ueberzeugung ließ. Und auch die Grausamkeiten gegen die als Kommunisten auf der Schwarzen Liste stehenden Arbeiter wurden seltener. Das allein genügte, um jetzt den Kampf gegen Ljaptscheff wieder heftiger werden zu lassen. Stambolijski wurde von einer Revolution der Mazedonier und Offiziere über Nacht hinweggefegt, nun sind die Offiziere und die Mazedonier wieder stark geworden, und da König Boris vielleicht die Zukunft ahnte oder wußte, was sich vorbereitet, verließ er das Land. Vielleicht wollte er sogar das Beispiel seines Vaters befolgen, der nicht zurückkehrte.

— **Eine italienische Anfrage in Belgrad.** „Popolo di Roma" zufolge hat der italienische Gesandte in Belgrad wiederum eine Besprechung mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten und dem Minister des Äußern gehabt um, wie verlautet, zu erfahren, ob die Skupschina am 15. August nochmals zusammentreten und bei dieser Gelegenheit die Konvention von Nettuno besprechen werde.

*

Der türkische Finanzminister Hassan Bey ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten; der ehemalige Finanzminister Mustafa Abdul Halik Bey ist als Nachfolger ernannt.

Der Skandal von Germersheim.

Keine französische Entschuldigung — kein deutscher Protest!

In einem Teil der deutschen Presse wurde gemeldet, daß der französische Kommandant in Germersheim sich wegen der Ausschreitungen seiner Truppen gegen die Germersheimer Bevölkerung und wegen der Beschimpfung der deutschen Reichsflagge bei den zuständigen deutschen Stellen entschuldigt habe. Aus Germersheim wird gemeldet, daß diese Nachricht nicht den Tatsachen entspricht. Es sind inzwischen zwölf Tage vergangen. Die französische Besatzungsbehörde hätte also reichlich Zeit gehabt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, wenn sie überhaupt den Willen dazu hätte. Wir glauben aber richtig unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß die drangsalierte Bevölkerung der Pfalz viel weniger auf die paar faden und unehrlichen Entschuldigungsworte irgendeines französischen Offiziers wartet, als darauf, daß von der deutschen Regierung amtlich und energisch endlich etwas geschieht. Im besetzten Gebiet fühlt man sich wieder einmal verlassen. Nach unseren telephonisch eingegangenen Informationen hört man in der Pfalz mit Erstaunen, daß ein amtlicher Protest, dessen Schärfe im richtigen Verhältnis zu den französischen Frechheiten steht, noch immer nicht erfolgt ist, sondern daß man sich bisher auf die diplomatische Fühlungnahme und auf das Sammeln von Material beschränkt hat. Weiter unten werden wir das kürzlich hier veröffentlichte Material durch eine chronologische Darstellung ergänzen. Aber wir sind der Meinung, daß der dem deutschen Ansehen zugefügte Affront ernst genug ist, um einmal den Dienstweg über bureaukratische Protokolle und vertrocknete Registraturen auszuschalten, um amtlich laut Genugtuung zu verlangen. Man möge sich vom grünen Tisch der Wilhelmstraße in die Stimmung der Bevölkerung des besetzten Gebietes versetzen. Während der Konferenz von Locarno war das besetzte Gebiet der einen Meinung, die Reichsregierung dürfe auf die traurige Lage der rheinischen Bevölkerung keine Rücksicht nehmen, wenn sie die schweren Bindungen des Volkes von Locarno auf sich nähme. Der Vertrag wurde trotzdem unterschrieben, und es gelang der amtlichen deutschen Politik nur durch den fortgesetzten Hinweis auf die für Pfalz und Rheinland zu erwartenden Erleichterungen, einen Teil der deutschen Oeffentlichkeit mit dem Vertragswerk zu befreunden. Es ist für uns im unbesetzten Gebiet schwer, sich ein Bild von der grenzenlosen Enttäuschung der Bevölkerung des besetzten Gebietes zu machen, deren Hoffnungen auf die Folgen von Locarno, wie die Tage von Germersheim zeigen, nicht einmal zu 10 Prozent erfüllt sind.

Der Pfälzische Sonderberichterstatter des „Karlsruher Tagblattes" gibt seiner Zeitung den nachstehenden ergänzenden Bericht über die Germersheimer Vorfälle, dessen Beachtung und Verwertung wir den amtlichen Stellen empfehlen.

„Die nunmehr auch von Berliner zuständiger Stelle bestätigten Ausschreitungen französischer Besatzungstruppen anläßlich des Bezirkskrieger- und Veteranentages begannen mit der schweren Verunglimpfung der deutschen Reichsflagge in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag. Die Stadt Germersheim hatte bereits am Sonnabend Fest- und Flaggenschmuck angelegt. Die offizielle deutsche Reichsflagge schwarz-rot-gold war am Vorabend des Festes auf dem Weißenburger Tor, in dem sich die Reichsvermögensstelle Germersheim befindet, amtlich gehißt worden. Diese Flagge wurde von französischen Soldaten ebenso wie 27 bayerische von der Stadtverwaltung an Flaggenmasten aufgezogene neuangeschaffte Fahnen heruntergerissen. Die Flaggenmasten wurden zum großen Teil zerbrochen, wodurch der Stadt ebenso wie durch die Zerstörung der neuen Fahnen naturgemäß auch ein finanzieller Schaden entstanden ist. Zum Teil wurden auch die an den Häusern angebrachten Blumendekorationen herabgerissen und Blumentöpfe gestohlen und vernichtet. Bei der Totenehrung an dem in der Nähe der französischen Kommandantur gelegenen Kriegerdenkmal stellten sich französische Offiziere und Unteroffiziere ostentativ an die Tür des das Denkmal umgebenden Gitters, als sich die Abordnung zur Niederlegung eines Kranzes nahte, so daß der Kranzträger gezwungen war, über das Gitter zu steigen, nachdem die französischen Militärs keine Anstalten machten, den Eingang freizugeben, vielmehr eine drohende und herausfordernde Haltung annahmen. Während sich unter den Klängen des Chopinschen Trauermarsches die Fahnen der Kriegervereine und Veteranenabordnungen zur Ehrung der Gefallenen senkten, lachten und schwatzten die französischen Offiziere und Unteroffiziere möglichst laut, um auch auf diese Weise die Totenfeier zu stören. Das ganze Verhalten der französischen Militärs zeigte deutlich, daß es